

Sprechzettel von Dirk Jansen, Geschäftsleiter des BUND NRW

Anrede,

heute haben Ministerpräsident Hendrik Wüst, Mona Neubaur, Robert Habeck und Co. zusammen mit Vertreterinnen von Kreisen und Kommunen, RWE, DGB, und anderen Akteuren den Reviervertrag 2.0 unterzeichnet. Damit soll der Weg zu einem erfolgreichen Strukturwandel in der Braunkohlenregion geebnet werden.

Wir aber stehen heute hier, um zu sagen: Dieser Reviervertrag ist nicht unserer!

Die ganze aufgefahrene Politprominenz und die bunten Bilder von der Unterzeichnung des Reviervertrags können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Weichenstellungen nicht ausreichen, um das Braunkohlenrevier zukunftsfähig aufzustellen. Es spricht auch für sich, dass die Zivilgesellschaft wie üblich weitgehend außen vor bleibt. Wir werden zwar zu solchen Feierlichkeiten als schmückendes Beiwerk eingeladen, dürfen die Inhalte aber nicht mitbestimmen. Es wird eine Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Zukunftsgestaltung der Region simuliert, die es de facto nicht gibt.

Schon jetzt zeichnet sich ab, dass auch die neue Leitentscheidung der Landesregierung zur Braunkohlenpolitik den hohen Anspruch, die Region dauerhaft zu befrieden und den Weg in eine klimaneutrale Zukunft zu weisen, nicht erfüllen kann.

Ein Kardinalfehler bleibt, dass die Regierung RWE das Recht eingeräumt hat, noch bis zu 480 Millionen Tonnen Braunkohle im Revier zu fördern. Das widerspricht fundamental allen Bekenntnissen, das 1,5 Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens einhalten zu wollen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass bis zum Kohleausstieg 2030 noch deutlich mehr Braunkohle gefördert werden soll, als ursprünglich geplant. Allein Garzweiler soll bis zu 280 Millionen Tonnen liefern. Die Zerstörung Lützeraths wird sich damit als schwere Klimaschutzpolitische Hypothek erweisen.

Denn mit jeder Tonne Braunkohle, die jetzt noch verfeuert wird, entfernen wir uns weiter von der 1,5 Grad-Grenze aus dem Pariser Klimaschutzabkommen. Wir sagen, wo Kohleausstieg draufsteht, muss auch CO₂-Reduktion drin sein!

Die Landesregierung muss endlich aufhören, sich in einem Akt der Selbsttäuschung einzureden, das sie auf einem guten Weg sei, das Braunkohlenrevier zur erfolgreichsten klimaneutralen Transformationsregion in Europa zu machen.

Wir sehen dagegen mit großer Sorge, dass sich die alten Fehler wiederholen.

Der Strukturwandel und die Verteilung der Milliarden an Fördergeldern missachten die Grenzen des Wachstums und sind kaum an überprüfbaren Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtet. Es werden weiterhin großflächige Gewerbegebiete auf der grünen Wiese geplant, als gebe es kein Morgen.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien in der Region ist gemessen an den Potenzialen unambitioniert, auch die Förderung von Bürgerenergieprojekten ist überfällig. Anstatt im Revier direkt eine grüne Wasserstoffwirtschaft aufzubauen,

Sprechzettel von Dirk Jansen, Geschäftsleiter des BUND NRW

setzt man vorrangig auf den Bau neuer RWE-Gaskraftwerke. Auch wenn diese unter dem Label „H2 ready“ beworben werden, besteht damit die Gefahr, dass die fossile Sackgasse erst einmal verlängert wird. Dies auch, weil in Sachen grüner Wasserstoff überwiegend auf Importe gesetzt wird.

Anstatt die Landschaftszerstörung auf ein Minimum zu begrenzen, erhält RWE von der Landesregierung einen Freifahrtschein zur Zerstörung wertvollen Agrarlandes mit fruchtbarsten Böden, um Massen für die Rekultivierung der Tagebaue zu gewinnen. Dafür soll in Kürze auch die L12, eine wichtige Verbindungsstraße zwischen den geretteten Dörfern Holzweiler und Keyenberg, zerstört werden. Dies auch, um das östliche Garzweiler-Restloch bei Jüchen vollständig mit Massen verfüllen zu können - auch damit dort später Gewerbegebiete errichtet werden können.

Nicht nur in Garzweiler, auch am Tagebau Hambach geht dieser Irrsinn zulasten einer uralten Kulturlandschaft weiter. Das gefährdet nicht nur den Erhalt des Hambacher Waldes, sondern erschwert die notwendige ökologische Revitalisierung der gesamten Region.

Stattdessen müssen 30 Prozent der Gesamtfläche der Region für ein Biotopverbundsystem reserviert werden. Denn die Natur braucht eine zweite Chance – auch um den Wirtschaftsraum für die dort lebenden und arbeitenden Menschen attraktiv zu machen.

Letztendlich fordern wir auch mehr Mitsprache und Teilhabe der Zivilgesellschaft bei der Zukunftsgestaltung. Denn mit intransparenten Revier-Deals wird der Strukturwandel nicht nachhaltig.

Solange aber eine solche Neuausrichtung der Politik nicht erkennbar ist, werden unsere Proteste weitergehen. Denn klar ist auch: Die wahren Kriminellen sind nicht friedlich protestierende Klimaschützer*innen, sondern diejenigen, die vorsätzlich gegen das eigene Klimaschutzgesetz verstoßen und die bindende Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ignorieren.

Noch kann die Landesregierung umsteuern. Sie darf die historische Chance, jetzt eine zukunftsfähige Leitentscheidung zu verabschieden, nicht rein wirtschaftlichen Interessen opfern.

Kontakt: Dirk Jansen, Geschäftsleiter BUND NRW, Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, T. 0211 / 30 200 522 oder 0172 29 29 733, dirk.jansen@bund.net, www.bund-nrw.de/braunkohle

Sprechzettel von Dirk Jansen, Geschäftsleiter des BUND NRW

Anrede,

heute haben Ministerpräsident Hendrik Wüst, Mona Neubaur, Robert Habeck und Co. zusammen mit Vertreterinnen von Kreisen und Kommunen, RWE, DGB, und anderen Akteuren den Reviervertrag 2.0 unterzeichnet. Damit soll der Weg zu einem erfolgreichen Strukturwandel in der Braunkohlenregion geebnet werden.

Wir aber stehen heute hier, um zu sagen: Dieser Reviervertrag ist nicht unserer!

Die ganze aufgefahrene Politprominenz und die bunten Bilder von der Unterzeichnung des Reviervertrags können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Weichenstellungen nicht ausreichen, um das Braunkohlenrevier zukunftsfähig aufzustellen. Es spricht auch für sich, dass die Zivilgesellschaft wie üblich weitgehend außen vor bleibt. Wir werden zwar zu solchen Feierlichkeiten als schmückendes Beiwerk eingeladen, dürfen die Inhalte aber nicht mitbestimmen. Es wird eine Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Zukunftsgestaltung der Region simuliert, die es de facto nicht gibt.

Schon jetzt zeichnet sich ab, dass auch die neue Leitentscheidung der Landesregierung zur Braunkohlenpolitik den hohen Anspruch, die Region dauerhaft zu befrieden und den Weg in eine klimaneutrale Zukunft zu weisen, nicht erfüllen kann.

Ein Kardinalfehler bleibt, dass die Regierung RWE das Recht eingeräumt hat, noch bis zu 480 Millionen Tonnen Braunkohle im Revier zu fördern. Das widerspricht fundamental allen Bekenntnissen, das 1,5 Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens einhalten zu wollen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass bis zum Kohleausstieg 2030 noch deutlich mehr Braunkohle gefördert werden soll, als ursprünglich geplant. Allein Garzweiler soll bis zu 280 Millionen Tonnen liefern. Die Zerstörung Lützeraths wird sich damit als schwere Klimaschutzpolitische Hypothek erweisen.

Denn mit jeder Tonne Braunkohle, die jetzt noch verfeuert wird, entfernen wir uns weiter von der 1,5 Grad-Grenze aus dem Pariser Klimaschutzabkommen. Wir sagen, wo Kohleausstieg draufsteht, muss auch CO₂-Reduktion drin sein!

Die Landesregierung muss endlich aufhören, sich in einem Akt der Selbsttäuschung einzureden, das sie auf einem guten Weg sei, das Braunkohlenrevier zur erfolgreichsten klimaneutralen Transformationsregion in Europa zu machen.

Wir sehen dagegen mit großer Sorge, dass sich die alten Fehler wiederholen.

Der Strukturwandel und die Verteilung der Milliarden an Fördergeldern missachten die Grenzen des Wachstums und sind kaum an überprüfbaren Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtet. Es werden weiterhin großflächige Gewerbegebiete auf der grünen Wiese geplant, als gebe es kein Morgen.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien in der Region ist gemessen an den Potenzialen unambitioniert, auch die Förderung von Bürgerenergieprojekten ist überfällig. Anstatt im Revier direkt eine grüne Wasserstoffwirtschaft aufzubauen,

Sprechzettel von Dirk Jansen, Geschäftsleiter des BUND NRW

setzt man vorrangig auf den Bau neuer RWE-Gaskraftwerke. Auch wenn diese unter dem Label „H2 ready“ beworben werden, besteht damit die Gefahr, dass die fossile Sackgasse erst einmal verlängert wird. Dies auch, weil in Sachen grüner Wasserstoff überwiegend auf Importe gesetzt wird.

Anstatt die Landschaftszerstörung auf ein Minimum zu begrenzen, erhält RWE von der Landesregierung einen Freifahrtschein zur Zerstörung wertvollen Agrarlandes mit fruchtbarsten Böden, um Massen für die Rekultivierung der Tagebaue zu gewinnen. Dafür soll in Kürze auch die L12, eine wichtige Verbindungsstraße zwischen den geretteten Dörfern Holzweiler und Keyenberg, zerstört werden. Dies auch, um das östliche Garzweiler-Restloch bei Jüchen vollständig mit Massen verfüllen zu können - auch damit dort später Gewerbegebiete errichtet werden können.

Nicht nur in Garzweiler, auch am Tagebau Hambach geht dieser Irrsinn zulasten einer uralten Kulturlandschaft weiter. Das gefährdet nicht nur den Erhalt des Hambacher Waldes, sondern erschwert die notwendige ökologische Revitalisierung der gesamten Region.

Stattdessen müssen 30 Prozent der Gesamtfläche der Region für ein Biotopverbundsystem reserviert werden. Denn die Natur braucht eine zweite Chance – auch um den Wirtschaftsraum für die dort lebenden und arbeitenden Menschen attraktiv zu machen.

Letztendlich fordern wir auch mehr Mitsprache und Teilhabe der Zivilgesellschaft bei der Zukunftsgestaltung. Denn mit intransparenten Revier-Deals wird der Strukturwandel nicht nachhaltig.

Solange aber eine solche Neuausrichtung der Politik nicht erkennbar ist, werden unsere Proteste weitergehen. Denn klar ist auch: Die wahren Kriminellen sind nicht friedlich protestierende Klimaschützer*innen, sondern diejenigen, die vorsätzlich gegen das eigene Klimaschutzgesetz verstoßen und die bindende Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ignorieren.

Noch kann die Landesregierung umsteuern. Sie darf die historische Chance, jetzt eine zukunftsfähige Leitentscheidung zu verabschieden, nicht rein wirtschaftlichen Interessen opfern.

Kontakt: Dirk Jansen, Geschäftsleiter BUND NRW, Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, T. 0211 / 30 200 522 oder 0172 29 29 733, dirk.jansen@bund.net, www.bund-nrw.de/braunkohle

Sprechzettel von Dirk Jansen, Geschäftsleiter des BUND NRW

Anrede,

heute haben Ministerpräsident Hendrik Wüst, Mona Neubaur, Robert Habeck und Co. zusammen mit Vertreterinnen von Kreisen und Kommunen, RWE, DGB, und anderen Akteuren den Reviervertrag 2.0 unterzeichnet. Damit soll der Weg zu einem erfolgreichen Strukturwandel in der Braunkohlenregion geebnet werden.

Wir aber stehen heute hier, um zu sagen: Dieser Reviervertrag ist nicht unserer!

Die ganze aufgefahrene Politprominenz und die bunten Bilder von der Unterzeichnung des Reviervertrags können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Weichenstellungen nicht ausreichen, um das Braunkohlenrevier zukunftsfähig aufzustellen. Es spricht auch für sich, dass die Zivilgesellschaft wie üblich weitgehend außen vor bleibt. Wir werden zwar zu solchen Feierlichkeiten als schmückendes Beiwerk eingeladen, dürfen die Inhalte aber nicht mitbestimmen. Es wird eine Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Zukunftsgestaltung der Region simuliert, die es de facto nicht gibt.

Schon jetzt zeichnet sich ab, dass auch die neue Leitentscheidung der Landesregierung zur Braunkohlenpolitik den hohen Anspruch, die Region dauerhaft zu befrieden und den Weg in eine klimaneutrale Zukunft zu weisen, nicht erfüllen kann.

Ein Kardinalfehler bleibt, dass die Regierung RWE das Recht eingeräumt hat, noch bis zu 480 Millionen Tonnen Braunkohle im Revier zu fördern. Das widerspricht fundamental allen Bekenntnissen, das 1,5 Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens einhalten zu wollen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass bis zum Kohleausstieg 2030 noch deutlich mehr Braunkohle gefördert werden soll, als ursprünglich geplant. Allein Garzweiler soll bis zu 280 Millionen Tonnen liefern. Die Zerstörung Lützeraths wird sich damit als schwere Klimaschutzpolitische Hypothek erweisen.

Denn mit jeder Tonne Braunkohle, die jetzt noch verfeuert wird, entfernen wir uns weiter von der 1,5 Grad-Grenze aus dem Pariser Klimaschutzabkommen. Wir sagen, wo Kohleausstieg draufsteht, muss auch CO₂-Reduktion drin sein!

Die Landesregierung muss endlich aufhören, sich in einem Akt der Selbsttäuschung einzureden, das sie auf einem guten Weg sei, das Braunkohlenrevier zur erfolgreichsten klimaneutralen Transformationsregion in Europa zu machen.

Wir sehen dagegen mit großer Sorge, dass sich die alten Fehler wiederholen.

Der Strukturwandel und die Verteilung der Milliarden an Fördergeldern missachten die Grenzen des Wachstums und sind kaum an überprüfbaren Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtet. Es werden weiterhin großflächige Gewerbegebiete auf der grünen Wiese geplant, als gebe es kein Morgen.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien in der Region ist gemessen an den Potenzialen unambitioniert, auch die Förderung von Bürgerenergieprojekten ist überfällig. Anstatt im Revier direkt eine grüne Wasserstoffwirtschaft aufzubauen,

Sprechzettel von Dirk Jansen, Geschäftsleiter des BUND NRW

setzt man vorrangig auf den Bau neuer RWE-Gaskraftwerke. Auch wenn diese unter dem Label „H2 ready“ beworben werden, besteht damit die Gefahr, dass die fossile Sackgasse erst einmal verlängert wird. Dies auch, weil in Sachen grüner Wasserstoff überwiegend auf Importe gesetzt wird.

Anstatt die Landschaftszerstörung auf ein Minimum zu begrenzen, erhält RWE von der Landesregierung einen Freifahrtschein zur Zerstörung wertvollen Agrarlandes mit fruchtbarsten Böden, um Massen für die Rekultivierung der Tagebaue zu gewinnen. Dafür soll in Kürze auch die L12, eine wichtige Verbindungsstraße zwischen den geretteten Dörfern Holzweiler und Keyenberg, zerstört werden. Dies auch, um das östliche Garzweiler-Restloch bei Jüchen vollständig mit Massen verfüllen zu können - auch damit dort später Gewerbegebiete errichtet werden können.

Nicht nur in Garzweiler, auch am Tagebau Hambach geht dieser Irrsinn zulasten einer uralten Kulturlandschaft weiter. Das gefährdet nicht nur den Erhalt des Hambacher Waldes, sondern erschwert die notwendige ökologische Revitalisierung der gesamten Region.

Stattdessen müssen 30 Prozent der Gesamtfläche der Region für ein Biotopverbundsystem reserviert werden. Denn die Natur braucht eine zweite Chance – auch um den Wirtschaftsraum für die dort lebenden und arbeitenden Menschen attraktiv zu machen.

Letztendlich fordern wir auch mehr Mitsprache und Teilhabe der Zivilgesellschaft bei der Zukunftsgestaltung. Denn mit intransparenten Revier-Deals wird der Strukturwandel nicht nachhaltig.

Solange aber eine solche Neuausrichtung der Politik nicht erkennbar ist, werden unsere Proteste weitergehen. Denn klar ist auch: Die wahren Kriminellen sind nicht friedlich protestierende Klimaschützer*innen, sondern diejenigen, die vorsätzlich gegen das eigene Klimaschutzgesetz verstoßen und die bindende Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ignorieren.

Noch kann die Landesregierung umsteuern. Sie darf die historische Chance, jetzt eine zukunftsfähige Leitentscheidung zu verabschieden, nicht rein wirtschaftlichen Interessen opfern.

Kontakt: Dirk Jansen, Geschäftsleiter BUND NRW, Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, T. 0211 / 30 200 522 oder 0172 29 29 733, dirk.jansen@bund.net, www.bund-nrw.de/braunkohle

Sprechzettel von Dirk Jansen, Geschäftsleiter des BUND NRW

Anrede,

heute haben Ministerpräsident Hendrik Wüst, Mona Neubaur, Robert Habeck und Co. zusammen mit Vertreterinnen von Kreisen und Kommunen, RWE, DGB, und anderen Akteuren den Reviervertrag 2.0 unterzeichnet. Damit soll der Weg zu einem erfolgreichen Strukturwandel in der Braunkohlenregion geebnet werden.

Wir aber stehen heute hier, um zu sagen: Dieser Reviervertrag ist nicht unserer!

Die ganze aufgefahrene Politprominenz und die bunten Bilder von der Unterzeichnung des Reviervertrags können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Weichenstellungen nicht ausreichen, um das Braunkohlenrevier zukunftsfähig aufzustellen. Es spricht auch für sich, dass die Zivilgesellschaft wie üblich weitgehend außen vor bleibt. Wir werden zwar zu solchen Feierlichkeiten als schmückendes Beiwerk eingeladen, dürfen die Inhalte aber nicht mitbestimmen. Es wird eine Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Zukunftsgestaltung der Region simuliert, die es de facto nicht gibt.

Schon jetzt zeichnet sich ab, dass auch die neue Leitentscheidung der Landesregierung zur Braunkohlenpolitik den hohen Anspruch, die Region dauerhaft zu befrieden und den Weg in eine klimaneutrale Zukunft zu weisen, nicht erfüllen kann.

Ein Kardinalfehler bleibt, dass die Regierung RWE das Recht eingeräumt hat, noch bis zu 480 Millionen Tonnen Braunkohle im Revier zu fördern. Das widerspricht fundamental allen Bekenntnissen, das 1,5 Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens einhalten zu wollen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass bis zum Kohleausstieg 2030 noch deutlich mehr Braunkohle gefördert werden soll, als ursprünglich geplant. Allein Garzweiler soll bis zu 280 Millionen Tonnen liefern. Die Zerstörung Lützeraths wird sich damit als schwere Klimaschutzpolitische Hypothek erweisen.

Denn mit jeder Tonne Braunkohle, die jetzt noch verfeuert wird, entfernen wir uns weiter von der 1,5 Grad-Grenze aus dem Pariser Klimaschutzabkommen. Wir sagen, wo Kohleausstieg draufsteht, muss auch CO₂-Reduktion drin sein!

Die Landesregierung muss endlich aufhören, sich in einem Akt der Selbsttäuschung einzureden, das sie auf einem guten Weg sei, das Braunkohlenrevier zur erfolgreichsten klimaneutralen Transformationsregion in Europa zu machen.

Wir sehen dagegen mit großer Sorge, dass sich die alten Fehler wiederholen.

Der Strukturwandel und die Verteilung der Milliarden an Fördergeldern missachten die Grenzen des Wachstums und sind kaum an überprüfbaren Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtet. Es werden weiterhin großflächige Gewerbegebiete auf der grünen Wiese geplant, als gebe es kein Morgen.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien in der Region ist gemessen an den Potenzialen unambitioniert, auch die Förderung von Bürgerenergieprojekten ist überfällig. Anstatt im Revier direkt eine grüne Wasserstoffwirtschaft aufzubauen,

Sprechzettel von Dirk Jansen, Geschäftsleiter des BUND NRW

setzt man vorrangig auf den Bau neuer RWE-Gaskraftwerke. Auch wenn diese unter dem Label „H2 ready“ beworben werden, besteht damit die Gefahr, dass die fossile Sackgasse erst einmal verlängert wird. Dies auch, weil in Sachen grüner Wasserstoff überwiegend auf Importe gesetzt wird.

Anstatt die Landschaftszerstörung auf ein Minimum zu begrenzen, erhält RWE von der Landesregierung einen Freifahrtschein zur Zerstörung wertvollen Agrarlandes mit fruchtbarsten Böden, um Massen für die Rekultivierung der Tagebaue zu gewinnen. Dafür soll in Kürze auch die L12, eine wichtige Verbindungsstraße zwischen den geretteten Dörfern Holzweiler und Keyenberg, zerstört werden. Dies auch, um das östliche Garzweiler-Restloch bei Jüchen vollständig mit Massen verfüllen zu können - auch damit dort später Gewerbegebiete errichtet werden können.

Nicht nur in Garzweiler, auch am Tagebau Hambach geht dieser Irrsinn zulasten einer uralten Kulturlandschaft weiter. Das gefährdet nicht nur den Erhalt des Hambacher Waldes, sondern erschwert die notwendige ökologische Revitalisierung der gesamten Region.

Stattdessen müssen 30 Prozent der Gesamtfläche der Region für ein Biotopverbundsystem reserviert werden. Denn die Natur braucht eine zweite Chance – auch um den Wirtschaftsraum für die dort lebenden und arbeitenden Menschen attraktiv zu machen.

Letztendlich fordern wir auch mehr Mitsprache und Teilhabe der Zivilgesellschaft bei der Zukunftsgestaltung. Denn mit intransparenten Revier-Deals wird der Strukturwandel nicht nachhaltig.

Solange aber eine solche Neuausrichtung der Politik nicht erkennbar ist, werden unsere Proteste weitergehen. Denn klar ist auch: Die wahren Kriminellen sind nicht friedlich protestierende Klimaschützer*innen, sondern diejenigen, die vorsätzlich gegen das eigene Klimaschutzgesetz verstoßen und die bindende Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ignorieren.

Noch kann die Landesregierung umsteuern. Sie darf die historische Chance, jetzt eine zukunftsfähige Leitentscheidung zu verabschieden, nicht rein wirtschaftlichen Interessen opfern.

Kontakt: Dirk Jansen, Geschäftsleiter BUND NRW, Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, T. 0211 / 30 200 522 oder 0172 29 29 733, dirk.jansen@bund.net, www.bund-nrw.de/braunkohle

Sprechzettel von Dirk Jansen, Geschäftsleiter des BUND NRW

Anrede,

heute haben Ministerpräsident Hendrik Wüst, Mona Neubaur, Robert Habeck und Co. zusammen mit Vertreterinnen von Kreisen und Kommunen, RWE, DGB, und anderen Akteuren den Reviervertrag 2.0 unterzeichnet. Damit soll der Weg zu einem erfolgreichen Strukturwandel in der Braunkohlenregion geebnet werden.

Wir aber stehen heute hier, um zu sagen: Dieser Reviervertrag ist nicht unserer!

Die ganze aufgefahrene Politprominenz und die bunten Bilder von der Unterzeichnung des Reviervertrags können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Weichenstellungen nicht ausreichen, um das Braunkohlenrevier zukunftsfähig aufzustellen. Es spricht auch für sich, dass die Zivilgesellschaft wie üblich weitgehend außen vor bleibt. Wir werden zwar zu solchen Feierlichkeiten als schmückendes Beiwerk eingeladen, dürfen die Inhalte aber nicht mitbestimmen. Es wird eine Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Zukunftsgestaltung der Region simuliert, die es de facto nicht gibt.

Schon jetzt zeichnet sich ab, dass auch die neue Leitentscheidung der Landesregierung zur Braunkohlenpolitik den hohen Anspruch, die Region dauerhaft zu befrieden und den Weg in eine klimaneutrale Zukunft zu weisen, nicht erfüllen kann.

Ein Kardinalfehler bleibt, dass die Regierung RWE das Recht eingeräumt hat, noch bis zu 480 Millionen Tonnen Braunkohle im Revier zu fördern. Das widerspricht fundamental allen Bekenntnissen, das 1,5 Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens einhalten zu wollen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass bis zum Kohleausstieg 2030 noch deutlich mehr Braunkohle gefördert werden soll, als ursprünglich geplant. Allein Garzweiler soll bis zu 280 Millionen Tonnen liefern. Die Zerstörung Lützeraths wird sich damit als schwere Klimaschutzpolitische Hypothek erweisen.

Denn mit jeder Tonne Braunkohle, die jetzt noch verfeuert wird, entfernen wir uns weiter von der 1,5 Grad-Grenze aus dem Pariser Klimaschutzabkommen. Wir sagen, wo Kohleausstieg draufsteht, muss auch CO₂-Reduktion drin sein!

Die Landesregierung muss endlich aufhören, sich in einem Akt der Selbsttäuschung einzureden, das sie auf einem guten Weg sei, das Braunkohlenrevier zur erfolgreichsten klimaneutralen Transformationsregion in Europa zu machen.

Wir sehen dagegen mit großer Sorge, dass sich die alten Fehler wiederholen.

Der Strukturwandel und die Verteilung der Milliarden an Fördergeldern missachten die Grenzen des Wachstums und sind kaum an überprüfbaren Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtet. Es werden weiterhin großflächige Gewerbegebiete auf der grünen Wiese geplant, als gebe es kein Morgen.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien in der Region ist gemessen an den Potenzialen unambitioniert, auch die Förderung von Bürgerenergieprojekten ist überfällig. Anstatt im Revier direkt eine grüne Wasserstoffwirtschaft aufzubauen,

Sprechzettel von Dirk Jansen, Geschäftsleiter des BUND NRW

setzt man vorrangig auf den Bau neuer RWE-Gaskraftwerke. Auch wenn diese unter dem Label „H2 ready“ beworben werden, besteht damit die Gefahr, dass die fossile Sackgasse erst einmal verlängert wird. Dies auch, weil in Sachen grüner Wasserstoff überwiegend auf Importe gesetzt wird.

Anstatt die Landschaftszerstörung auf ein Minimum zu begrenzen, erhält RWE von der Landesregierung einen Freifahrtschein zur Zerstörung wertvollen Agrarlandes mit fruchtbarsten Böden, um Massen für die Rekultivierung der Tagebaue zu gewinnen. Dafür soll in Kürze auch die L12, eine wichtige Verbindungsstraße zwischen den geretteten Dörfern Holzweiler und Keyenberg, zerstört werden. Dies auch, um das östliche Garzweiler-Restloch bei Jüchen vollständig mit Massen verfüllen zu können - auch damit dort später Gewerbegebiete errichtet werden können.

Nicht nur in Garzweiler, auch am Tagebau Hambach geht dieser Irrsinn zulasten einer uralten Kulturlandschaft weiter. Das gefährdet nicht nur den Erhalt des Hambacher Waldes, sondern erschwert die notwendige ökologische Revitalisierung der gesamten Region.

Stattdessen müssen 30 Prozent der Gesamtfläche der Region für ein Biotopverbundsystem reserviert werden. Denn die Natur braucht eine zweite Chance – auch um den Wirtschaftsraum für die dort lebenden und arbeitenden Menschen attraktiv zu machen.

Letztendlich fordern wir auch mehr Mitsprache und Teilhabe der Zivilgesellschaft bei der Zukunftsgestaltung. Denn mit intransparenten Revier-Deals wird der Strukturwandel nicht nachhaltig.

Solange aber eine solche Neuausrichtung der Politik nicht erkennbar ist, werden unsere Proteste weitergehen. Denn klar ist auch: Die wahren Kriminellen sind nicht friedlich protestierende Klimaschützer*innen, sondern diejenigen, die vorsätzlich gegen das eigene Klimaschutzgesetz verstoßen und die bindende Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ignorieren.

Noch kann die Landesregierung umsteuern. Sie darf die historische Chance, jetzt eine zukunftsfähige Leitentscheidung zu verabschieden, nicht rein wirtschaftlichen Interessen opfern.

Kontakt: Dirk Jansen, Geschäftsleiter BUND NRW, Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, T. 0211 / 30 200 522 oder 0172 29 29 733, dirk.jansen@bund.net, www.bund-nrw.de/braunkohle

Sprechzettel von Dirk Jansen, Geschäftsleiter des BUND NRW

Anrede,

heute haben Ministerpräsident Hendrik Wüst, Mona Neubaur, Robert Habeck und Co. zusammen mit Vertreterinnen von Kreisen und Kommunen, RWE, DGB, und anderen Akteuren den Reviervertrag 2.0 unterzeichnet. Damit soll der Weg zu einem erfolgreichen Strukturwandel in der Braunkohlenregion geebnet werden.

Wir aber stehen heute hier, um zu sagen: Dieser Reviervertrag ist nicht unserer!

Die ganze aufgefahrene Politprominenz und die bunten Bilder von der Unterzeichnung des Reviervertrags können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Weichenstellungen nicht ausreichen, um das Braunkohlenrevier zukunftsfähig aufzustellen. Es spricht auch für sich, dass die Zivilgesellschaft wie üblich weitgehend außen vor bleibt. Wir werden zwar zu solchen Feierlichkeiten als schmückendes Beiwerk eingeladen, dürfen die Inhalte aber nicht mitbestimmen. Es wird eine Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Zukunftsgestaltung der Region simuliert, die es de facto nicht gibt.

Schon jetzt zeichnet sich ab, dass auch die neue Leitentscheidung der Landesregierung zur Braunkohlenpolitik den hohen Anspruch, die Region dauerhaft zu befrieden und den Weg in eine klimaneutrale Zukunft zu weisen, nicht erfüllen kann.

Ein Kardinalfehler bleibt, dass die Regierung RWE das Recht eingeräumt hat, noch bis zu 480 Millionen Tonnen Braunkohle im Revier zu fördern. Das widerspricht fundamental allen Bekenntnissen, das 1,5 Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens einhalten zu wollen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass bis zum Kohleausstieg 2030 noch deutlich mehr Braunkohle gefördert werden soll, als ursprünglich geplant. Allein Garzweiler soll bis zu 280 Millionen Tonnen liefern. Die Zerstörung Lützeraths wird sich damit als schwere Klimaschutzpolitische Hypothek erweisen.

Denn mit jeder Tonne Braunkohle, die jetzt noch verfeuert wird, entfernen wir uns weiter von der 1,5 Grad-Grenze aus dem Pariser Klimaschutzabkommen. Wir sagen, wo Kohleausstieg draufsteht, muss auch CO₂-Reduktion drin sein!

Die Landesregierung muss endlich aufhören, sich in einem Akt der Selbsttäuschung einzureden, das sie auf einem guten Weg sei, das Braunkohlenrevier zur erfolgreichsten klimaneutralen Transformationsregion in Europa zu machen.

Wir sehen dagegen mit großer Sorge, dass sich die alten Fehler wiederholen.

Der Strukturwandel und die Verteilung der Milliarden an Fördergeldern missachten die Grenzen des Wachstums und sind kaum an überprüfbaren Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtet. Es werden weiterhin großflächige Gewerbegebiete auf der grünen Wiese geplant, als gebe es kein Morgen.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien in der Region ist gemessen an den Potenzialen unambitioniert, auch die Förderung von Bürgerenergieprojekten ist überfällig. Anstatt im Revier direkt eine grüne Wasserstoffwirtschaft aufzubauen,

Sprechzettel von Dirk Jansen, Geschäftsleiter des BUND NRW

setzt man vorrangig auf den Bau neuer RWE-Gaskraftwerke. Auch wenn diese unter dem Label „H2 ready“ beworben werden, besteht damit die Gefahr, dass die fossile Sackgasse erst einmal verlängert wird. Dies auch, weil in Sachen grüner Wasserstoff überwiegend auf Importe gesetzt wird.

Anstatt die Landschaftszerstörung auf ein Minimum zu begrenzen, erhält RWE von der Landesregierung einen Freifahrtschein zur Zerstörung wertvollen Agrarlandes mit fruchtbarsten Böden, um Massen für die Rekultivierung der Tagebaue zu gewinnen. Dafür soll in Kürze auch die L12, eine wichtige Verbindungsstraße zwischen den geretteten Dörfern Holzweiler und Keyenberg, zerstört werden. Dies auch, um das östliche Garzweiler-Restloch bei Jüchen vollständig mit Massen verfüllen zu können - auch damit dort später Gewerbegebiete errichtet werden können.

Nicht nur in Garzweiler, auch am Tagebau Hambach geht dieser Irrsinn zulasten einer uralten Kulturlandschaft weiter. Das gefährdet nicht nur den Erhalt des Hambacher Waldes, sondern erschwert die notwendige ökologische Revitalisierung der gesamten Region.

Stattdessen müssen 30 Prozent der Gesamtfläche der Region für ein Biotopverbundsystem reserviert werden. Denn die Natur braucht eine zweite Chance – auch um den Wirtschaftsraum für die dort lebenden und arbeitenden Menschen attraktiv zu machen.

Letztendlich fordern wir auch mehr Mitsprache und Teilhabe der Zivilgesellschaft bei der Zukunftsgestaltung. Denn mit intransparenten Revier-Deals wird der Strukturwandel nicht nachhaltig.

Solange aber eine solche Neuausrichtung der Politik nicht erkennbar ist, werden unsere Proteste weitergehen. Denn klar ist auch: Die wahren Kriminellen sind nicht friedlich protestierende Klimaschützer*innen, sondern diejenigen, die vorsätzlich gegen das eigene Klimaschutzgesetz verstoßen und die bindende Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ignorieren.

Noch kann die Landesregierung umsteuern. Sie darf die historische Chance, jetzt eine zukunftsfähige Leitentscheidung zu verabschieden, nicht rein wirtschaftlichen Interessen opfern.

Kontakt: Dirk Jansen, Geschäftsleiter BUND NRW, Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, T. 0211 / 30 200 522 oder 0172 29 29 733, dirk.jansen@bund.net, www.bund-nrw.de/braunkohle